

# „Unter dem Strich gibt es also keinen Grund einzuschlafen“

Interview mit Daraka Larimore-Hall<sup>1</sup>



↳ Daraka Larimore-Hall (PhD) ist stellvertretender Vorsitzender der US-Demokraten in Kalifornien.

Foto: privat

**spw:** Noch vor dem Super Tuesday schien es, als könne Bernie Sanders die Vorwahlen der Demokraten gewinnen. Welche Gründe führten zum Sieg Joe Bidens und für welche Wählergruppen waren diese ausschlaggebend?

**Daraka Larimore-Hall:** Einer der wichtigsten demographischen Faktoren für den Sieg Bidens waren die schwarzen Wähler\*innen, vor allem in den Südstaaten. Der „Super Tuesday“ sollte Wähler\*innenstimmen in konservativeren Staaten bündeln, um es „aufständischen“ Kandidaten (zum Beispiel Ted Kennedy und Jesse Jackson) zu erschweren, Schwung aufzunehmen. Die Wähler\*innen der Demokraten im Süden sind tendenziell moderater und auf „traditionelle“ Vorstellungen von Wählbarkeit fokussiert. Sogar Obama hatte zunächst Schwierigkeiten in den Südstaaten.

Nachdem er sich als „sicherer“ Kandidat herauschälte, sammelten sich weitere Teile der demokratischen Koalition um Biden. Die Hauptdynamik bestand darin, dass die Wähler\*innen einen Kandidaten wollten, der Stabilität und die größtmögliche Chance auf einen Sieg über Trump bot. In diesem Zusammenhang schien Sanders' „Revolution“ ein großes Risiko zu sein, auch wenn seine Politik populär und seine persönlichen Umfragewerte gut waren.

**spw:** Biden ist auch auf Stimmen angewiesen, die sich im linken Parteiflügel wiederfinden. Mittlerweile arbeiten Politiker\*innen und Berater\*innen aus dem Umfeld von Sanders und Biden in Arbeitsgruppen zusammen. Biden greift Teile der Wahlprogramme von Sanders und Elisabeth Warren auf. Wie weitreichend sind seine Zugeständnisse, und handelt es sich tatsächlich um eine substanzielle programmatische Öffnung nach links? Gibt es hierfür Beispiele aus den Programmen?

**D.L.-H.:** Bidens Zugeständnisse sind eigentlich nicht besonders beeindruckend. Ich denke, es gibt Bemühungen im guten Glauben, die Partei zu einen. Sowohl Warren als auch Sanders hatten einigen Erfolg dabei, Biden dazu zu bewegen, seinen Tonfall hinsichtlich der Rechenschaftspflicht des Finanzsektors und der Arten von Konjunkturprogrammen, die nach der COVID-Krise umgesetzt werden sollen, zu ändern. Aber bei allen zwischen dem rechten und dem linken Parteiflügel strittigen Fragen, von der Gesundheitsversorgung bis zur Hochschulpolitik, ist das offizielle Programm, das aus den Verhandlungen hervorgeht, unnötig mittig.

In den USA sind Parteiprogramme jedoch weitgehend unverbindlich und symbolisch. Der Schwerpunkt der Partei hat sich in den letzten vier Jahren insgesamt trotzdem nach links verlagert. Das können wir an den Vorwahlkämpfen um die Sitze im Kongress und den Regierungen der Bundesstaaten in demokratischen Hochburgen ablesen. Die Öffnung ist immer noch da. Wir müssen diese Parlamentswahlen überstehen und Trump loswerden, aber ich bin wirklich zuversichtlich, dass die Linke in und um die Partei herum bereit ist, danach für eine breitere Agenda zu kämpfen. Das war 2008 nicht der Fall. Alle schließen ein, als Obama gewählt wurde. Ich denke, diese Lektion ist gelernt worden. Wir müssen mobilisiert bleiben.

<sup>1</sup> Interview führte Stefan Stache. Übersetzung: Nicholas Williams.

**spw:** Wie glaubwürdig ist Biden bei linken Wähler\*innengruppen? Schließlich hatte er die Rückkehr zur Politik der Austerität nach den Maßnahmen gegen die globale Wirtschafts- und Finanzkrise mitgetragen und viele enttäuscht.

**D.L.-H.:** Biden ist bei linken Wähler\*innen sehr wenig glaubwürdig. Während der Vorwahlen war er explizit und oft ziemlich herablassend und abweisend in seinem Spott über progressive politische Hoffnungen. Seine Bilanz ist, gelinde gesagt, durchgängig problematisch hinsichtlich der Kontrolle des Finanzsektors, von dem ein Großteil in seinem Heimatstaat Delaware angesiedelt ist. Sein Verhalten bei den berüchtigten Anita-Hill-Anhörungen offenbarte mehr Interesse an den Meinungen seiner weißen republikanischen Kollegen im Senat als an der Würde und den Rechten einer afroamerikanischen Frau. Es ist eine ziemliche Schweinerei.

Es gibt ein seltsames Dilemma in der Art und Weise, wie Progressive und Demokraten über Biden sprechen. Einige heben die progressiveren Elemente in seinem Programm und seiner Rhetorik hervor und ermutigen die Menschen, diese als eine Reihe an Verpflichtungen zu betrachten, auf denen sich aufbauen lässt. Andere hingegen versuchen, und zu denen zähle ich mich selbst, schonungslos ehrlich hinsichtlich seiner Begrenztheit und seiner schlechten Bilanz zu sein. Ich bin einfach ehrlich darin, dass mir Demokraten immer lieber sind als Republikaner, und dass dies besonders dann gilt, wenn die Republikaner in eine Art Faschismus ableiten. Ich bin der Meinung, dass Ehrlichkeit gegenüber den Wähler\*innen, insbesondere den jungen, auf lange Sicht effektiver ist. Natürlich gibt es bei einer solch gigantischen Wahl wie dieser keine Einzelbotschaft, die bei allen Wähler\*innen gleichermaßen wirksam ist. Daher ist es gut, dass es vielfache Gespräche gibt.

**spw:** Angesichts der durch die Pandemie ausgelösten ökonomischen Krise hat Biden angekündigt, massiv in die öffentliche Infrastruktur, Klimaschutz usw. investieren zu wollen. Einigen seiner Berater\*innen

zufolge sieht er sich in der Traditionslinie der Politik des New Deal Franklin D. Roosevelts. Geht es ihm um eine einmalige Krisenreaktion oder ist er für einen langfristigen ökonomischen und wohlfahrtsstaatlichen Paradigmenwechsel und systemverändernde Reformen offen?

**D.L.-H.:** Das ist eine gute Frage. Ich denke, dass es klug ist zu beobachten, wo eine Biden-Regierung bei den Infrastrukturausgaben zu wenig tut. Bidens bisherige Pläne sind recht vage, abgesehen von einer losen Verpflichtung, beträchtliche öffentliche Mittel für die Verbesserung und den Ausbau der Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Es wird jedoch eine Frage sein, ob er Programme favorisieren wird, die den öffentlichen Sektor oder das Sozialsystem ausweiten, oder ob es bei einer begrenzten Finanzspritze bleibt. Die Art und Weise, in der die Arbeiterbewegung auf diese Politik einwirkt, wird maßgeblich dafür sein, was am Ende dabei herauskommt. Genau wie beim ursprünglichen New Deal wird es wohl eine Debatte innerhalb und im Umfeld der Regierung geben. Obama hat vor allem auf die Minimalisten gehört, und das ist einer der Gründe, warum sein Konjunkturprogramm keine dauerhafte Wahlmehrheit gesichert hat.

Biden sagt z.B. immer wieder, dass er sein Veto gegen jede größere Reform des Gesundheitssystems einlegen würde, ein Schlüsselaspekt der Hoffnungen der Linken auf eine Ausweitung des Sozialsystems. Ich frage mich jedoch, ob er tatsächlich so viel politisches Kapital investieren würde, wenn ihm ein demokratisch dominierter Kongress eine echte Reform vorlegen würde, für die auf den Straßen Druck gemacht wird.

Um zur Infrastruktur zurückzukehren, ist die andere Frage, ob die gebauten oder modernisierten Anlagen öffentliches oder privates Eigentum sein werden. Trump hat versucht, ein Infrastrukturgesetz durchzudrücken, mit dem riesige private Bauprojekte subventioniert würden, die dann aber in den Händen privater Unternehmen blieben, einschließlich Straßen und Brücken. Arbeitnehmer\*innen und progressive politische Gruppen waren jedoch

in der Lage, die Demokraten im Kongress zusammenzuhalten, um jeden Gesetzentwurf, der nicht mehrheitlich auf öffentliche Bauvorhaben ausgerichtet war, zu Fall zu bringen. Diese Dynamik kippt, wenn der Präsident ein Demokrat ist. Wenn Biden diesen Weg einschlägt, um seine Anhänger aus der Finanzwelt zu besänftigen, müssen wir hart daran arbeiten, die Partei im Kongress auf der richtigen Seite zu halten.

Unterm Strich gibt es also keinen Grund einzuschlafen oder zu glauben, dass Biden eine Reformagenda von der Art eines New Deal abliefern wird. Aber ich denke, dass es möglich ist, dass soziale Bewegungen und Progressive im Kongress das Ergebnis mitgestalten.

**spw:** **Hat die Pandemie die tonangebenden politischen Diskurse, aber auch Einstellungen in der Bevölkerung verändert? Wie wirken sich die Krisenreaktionen des Kongresses und Donald Trumps auf das Vertrauenskapital demokratischer und republikanischer Wähler\*innengruppen aus?**

**D. L.-H.:** Historiker\*innen und Soziolog\*innen werden über diese Frage noch jahrzehntelang debattieren. Überall beeinflusst die Ideologie die öffentliche Debatte darüber, wie auf die Pandemie zu reagieren ist, aber in den USA war dies ein besonders parteiabhängiger Prozess. Nahezu ausnahmslos ließ sich anhand der Parteiprägung vorhersagen, wie ein Staat auf die Pandemie reagieren würde. Ich mache sehr ungern Aussagen über die Zukunft, aber man kann wohl sagen, dass das in diesem Fall den Republikanern auf die Füße gefallen ist. An ihnen bleibt hängen, die Schwere der Krise geleugnet und unterschätzt zu haben. Hinzu kommen noch Peinlichkeiten wie Trump-Rallies, die zu tödlichen Ausbrüchen führen, und auch die fordern ihren Tribut.

Doch trotzdem scheint es, und deshalb werden zukünftige Wissenschaftler\*innen dies so interessant finden, für Trumps Kernanhänger\*innen unerheblich zu sein, wie viele Menschen sterben. Sie glauben den Zahlen nicht, oder es ist ihnen egal. Deshalb sind Trumps Rhetorik und Verhalten so unvorhersehbar. Er signalisiert seinen Kernanhänger\*innen, dass er mit ih-

nen darin übereinstimmt, dass das Tragen von Masken etwas für Weicheier sei und dass wir die Konsumwirtschaft jetzt wieder ankurbeln sollten. Gleichzeitig braucht er eine große Zahl eher vernunftorientierter, aber loyaler Republikaner, die das Geschehen jedoch voller Schrecken verfolgen. Auch geht er auf die rassistisch motivierten Ängste einiger Weißer im Zusammenhang mit den Black Lives Matter Demos ein. Das ist eine bewährtere Strategie für die republikanische Basis in den Vorstädten. Diese Kombination könnte funktionieren, aber es ist wohl zu viel für einen Typen, der eben nicht besonders helle ist.

**spw:** **Um einen Green New Deal umzusetzen, würde auch eine neue US-Regierung unter Biden eine Mehrheit im Senat benötigen. Wie stehen die Chancen für eine demokratische Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses?**

**D. L.-H.:** Ich plädiere erneut dafür, keine Vorhersagen auf Grundlage der heutigen Realität zu treffen. Ich bin mir nicht sicher, was in Bezug auf die Kontrolle des Senats geschehen wird, der viel gespalten und unbeständiger ist. Sicher ist jedoch, dass die demokratische Fraktion im Repräsentantenhaus weiter wachsen und linker werden wird. Alexandria Ocasio-Cortez hat einen Haufen neuer Verbündeter, die die Vorwahlen gewonnen haben und ihre Sitze im November sicher erhalten werden. Die Aktivistenbasis und die lokalen Mandatsträger\*innen haben sich in der Wirtschaftspolitik, und nun, mit Black Lives Matter, auch in gesellschaftlichen Fragen und der Strafjustiz nach links bewegt. Diese Veränderungen werden sich am deutlichsten im Repräsentantenhaus zeigen, da dieses Gremium die Gesellschaft am ehesten abbildet.

Die Kernfrage für den Senat ist, ob eine künftige demokratische Mehrheit den Willen haben wird, den sogenannten „administrativen Verzögerungsmechanismus“ abzuschaffen, der es erfordert, 60 von 100 Stimmen zu haben, um irgendetwas durchzubringen. Diese Art von Mehrheit werden die Demokraten in nächster Zeit nicht haben, und wir werden immer eine Handvoll unzuverlässiger, konservati-

ver Senator\*innen in der Fraktion haben. Wir müssen diese Regel ändern und auch kleineren Mehrheiten das Regieren ermöglichen. Andernfalls wird der Senat der Friedhof der guten Ideen bleiben.

**spw: Die Proteste gegen Rassismus und Polizeigewalt haben einen hohen politischen Druck erzeugt, institutionellen Rassismus und rassistische Alltagslogiken abzubauen und zurückzudrängen. Trump reagiert nach wie vor autoritär. Inwieweit gelingt es ihm, mit seiner Eskalations- und Ausgrenzungsstrategie für sich zu mobilisieren? Wie ist die weitere Dynamik der Proteste, auch in Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen, einzuschätzen?**

**D. L.-H.:** Wie ich bereits erwähnt habe, ist dies eine Schlüsselfrage für den Ausgang der Wahl und für die Zukunft der amerikanischen Politik. Schwarze Menschen haben schon vor der Gründung der Republik auf zyklische, jedoch konsequente Weise für die wahre Befreiung gekämpft. Wir haben in diesem Zyklus einen Punkt hoher Mobilisierung und politischer Möglichkeiten erreicht, der sich auf einen der heimtückischsten institutionellen Überreste der Sklaverei konzentriert. Das Strafrechtssystem erbt vom Sklavensystem die Rolle der Ausbeutung und Kontrolle, und der gegenwärtige Radikalismus hat eine viel breitere Schicht an liberalen und sogar mittigen Denkern davon überzeugt, dass wir tiefgreifende Reformen benötigen.

Jeder Aufschwung im schwarzen Freiheitskampf provoziert eine weiße Gegenreaktion. Nixon brachte sich selbst und die Republikanische Partei in eine Position, diese Gegenreaktion in eine praktikable politische Mehrheit zu verwandeln. Trump versucht sich am selben Manöver. Mein Freund Rick Perlstein, ein brillanter Historiker der amerikanischen Rechten, hat vor kurzem einen Artikel darüber veröffentlicht, wie sich dieser Moment stark von 1968 unterscheidet. Ich stimme ihm zu. Das Fazit ist, dass es dieses Mal einfach viel mehr von uns gibt als von ihnen.

Natürlich gibt es sowohl bei den demokratischen Eliten wie auch in der Aktivistenbasis jene, die sich vor einer Wiederholung fürchten. Sie sind besorgt darüber, dass Forderungen wie die, der Polizei die Mittel zu entziehen, Trump Munition liefern. Doch erstens glaube ich nicht, dass man den sozialen Bewegungen viel an Disziplin hinsichtlich der politischen Botschaften auferlegen kann. Ein gewisses Chaos muss man tolerieren. Zweitens besteht ein echter Bedarf an einer grundlegenden Veränderung in der Art unserer Strafverfolgung. Dies können wir nur schaffen, wenn wir grundlegende Veränderung auch in unseren Slogans fordern. Die Polizeiarbeit in den USA ist stark dezentralisiert, und so wird es buchstäblich Tausende Debatten zur Reform und Verbesserung der bestehenden Polizeibehörden geben. Der Sinn der Bewegung besteht darin, den Rahmen zu verschieben von „Wie viel mehr sollten wir für die Polizeiarbeit ausgeben?“, der zur Norm geworden ist, hin zu „Warum geben wir so viel dafür aus?“ Das ist wichtig.

**spw: Spielen die Außen- und Handelspolitik eine Rolle in den öffentlichen Debatten? Wo steht Biden bei diesen beiden Feldern?**

**D. L.-H.:** Biden ist ein ziemlich normaler Zentrist in der Demokratischen Partei und wird eine Außenpolitik verfolgen, die derjenigen Obamas sehr ähnlich sein dürfte. Im Allgemeinen ist er ein Institutionalist; er wird auf einer neoliberalen Handels- und IWF-Politik bestehen, jedoch hart daran arbeiten, die Beziehungen zu den Verbündeten zu reparieren. Die NATO wird mehr Unterstützung erhalten. Er wird wahrscheinlich einen Friedensplan für Israel/Palästina unterstützen, der nicht einfach „Israel erhält alles“ lautet.

Dennoch kommt der Außenpolitik in der bisherigen, in den Medien vermittelten Debatte eine geringe Rolle zu. Debatten von Angesicht zu Angesicht gab es bislang keine, wir müssen also abwarten. Angesichts der Pandemie und des daraus resultierenden wirtschaftlichen Drucks, der Proteste auf den Straßen und des täglichen psychologischen Existenzkampfes haben Außen- und Handelspolitik derzeit auch in den Köpfen der Menschen kaum Priorität. ■